



# Parteiprogramm

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung  
in Bern vom 11. Januar 2014

*CVP Schweiz*





# Inhalt

Unsere Werte für das Erfolgsmodell Schweiz	4
--	---

Unsere Schwerpunktthemen für das Erfolgsmodell Schweiz	7
--	---

Wir kämpfen für das Wohl der Familien	7
Wir kämpfen für eine soziale Marktwirtschaft	11
Wir kämpfen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger	15

Unsere Positionen für das Erfolgsmodell Schweiz	21
---	----

Bildung fördern: für ein leistungsstarkes Bildungssystem	21
Umwelt und natürliche Ressourcen schützen: für mehr Lebensqualität	23
Eine nachhaltige Verkehrspolitik: für eine effiziente Mobilität	24
Sichere Nahrungsmittel und Schutz der Konsumenten: für eine produktive und ökologische Landwirtschaft	27
Eine moderne Einwanderungspolitik: Zuwanderung steuern und Integration fördern	28
Eine funktionierende Asylpolitik: Beschleunigung der Verfahren und Missbrauchsbekämpfung	28
Eine aktive Aussenpolitik: für eine souveräne und offene Schweiz	29
Lebendige Regionen: für einen starken Service public und Entwicklungsperspektiven in allen Landesteilen	30
Handlungsfähiger Staat: für staatspolitische Reformen	32
Finanzen unter Kontrolle halten: für gesunde Bundesfinanzen	33
Gesellschaftsfragen in Zeiten des wissenschaftlichen Fortschritts	35

## Unsere Werte für das Erfolgsmodell Schweiz

Unsere Politik stellt den Menschen und die Gemeinschaft ins Zentrum. Wir gestalten das Zusammenleben gemäss einem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild. Wir streben bei grösstmöglicher Eigenverantwortung eine solidarische Gesellschaft in Wohlstand und Freiheit an, dafür steht unsere christlich-demokratische Politik.

Die Christdemokratie bleibt ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Politik; eine politische Mitte, welche das Wohl des Landes im Auge behält. Die CVP unterscheidet sich von den anderen Parteien, indem sie jede vereinfachende Ideologie ablehnt, ihre Grundwerte jedoch stets verteidigt.

Die Schweiz ist ein erfolgreiches und attraktives Land – dank einer Politik, die von Verantwortung, Ausgleich und Respekt geprägt ist. Wir, die CVP, vertreten seit jeher diese schweizerischen Werte.

### Menschenwürde

Wir verteidigen die Menschenwürde gegen private Gewalt und staatliches Fehlverhalten, weil die Menschenwürde unantastbar und unteilbar ist. In unserem Verständnis ist das Leben unser wertvollstes Gut. Unser „C“ steht für die Achtung des Menschen, für eine Würde, die allen Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Ethnie, Religion, gesellschaftlichem Status, seiner sexuellen Orientierung oder

Leistungsfähigkeit zukommt. Der Respekt vor der Menschenwürde beinhaltet auch eine Ab-sage an jede Form von Diskriminierung.

### Freiheit und Eigenverantwortung

Wir respektieren die Freiheit jedes Menschen. Die Grundlage der Freiheit jedes Einzelnen ist die Eigenverantwortung und die Verantwortung der Mitmenschen gegenüber. Damit jeder Mensch in Freiheit und Verantwortung handeln kann, streben wir Chancengleichheit an.

## Gemeinschaft und Gemeinwohl

Wir fördern die Entfaltung eines jeden und das Gemeinwohl, indem wir die Familie, die Gemeinde, den Staat stärken. Wir sind der Überzeugung, dass das Gemeinwohl durch die Respektierung der beiden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität garantiert wird.

## Subsidiarität

Wir handeln nach dem Subsidiaritäts-Prinzip: Die übergeordnete Gemeinschaft (z. B. der Staat) steht erst dann unterstützend zur Seite, wenn die untergeordnete Handlungsebene (z. B. Einzelner, Familie, Gemeinde, Kanton) ihre Aufgabe auf sich allein gestellt nicht wahrnehmen kann.

## Solidarität

Wir handeln solidarisch. Dies setzt Respekt vor den Mitmenschen und den kommenden Generationen voraus.

## Föderalismus

Wir stehen ein für einen föderalistischen Staat mit starken Gemeinden und Kantonen. Wir fördern einen gelebten vielsprachigen Föderalismus, gegenseitige Toleranz und nicht schädliche Dominanz. Wir unterstützen eine zukunftsgerichtete, von ihrem Wirtschaftswachstum sowie von Bedingungen, die die Sicherheit landesweit garantieren, getragene Schweiz.

## Lebensqualität und Nachhaltigkeit

Wir stehen zu einem nachhaltigen Schutz der Natur und unserer Lebensgrundlagen. Wir sichern die Lebensqualität künftiger Generationen sowie die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen.

## Demokratie und Rechtsstaat

Wir schützen die Demokratie und den Rechtsstaat als unverzichtbare Grundpfeiler der Willensnation Schweiz. Wir garantieren Meinungsfreiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Frieden und Rechtsgleichheit. Nationalismus und die Missachtung der Rechte von Minderheiten lehnen wir ab.

## Familienwerte

Wir machen uns für eine kohärente und zukunftsgerichtete Familienpolitik stark. Wir erkennen die Familie als eine unersetzbare und im Wesen des Menschen liegende soziale Institution an. Die Familie ist als Erste für die Erziehung und das Wohlergehen der Kinder verantwortlich. Wir wollen das privilegierte Umfeld, wo die grundlegenden Werte des sozialen Lebens ausgetauscht, geteilt und vermittelt werden, bewahren.

A vibrant, low-angle photograph of a woman with long brown hair carrying a young girl on her shoulders. Both are smiling joyfully. The woman is wearing a white long-sleeved shirt and blue jeans, with a white shirt tied around her waist. The girl is wearing a light green long-sleeved shirt and white pants. The background is a bright blue sky and a blurred green landscape, suggesting an outdoor setting. The image has a warm, sunny feel. In the bottom left corner, there is a solid orange triangle.

Wir stärken die  
Generationenbeziehungen

## Unsere Schwerpunktthemen für das Erfolgsmodell Schweiz

In der Politik braucht es Vektoren, gemäss welchen wir die Richtung unserer Grundwerte bestimmen können.

Die CVP prüft politische Themen gemäss ihren drei Schwerpunktthemen und legt so ihre Positionen fest:

- Politik für die Familien
- Politik für die soziale Marktwirtschaft
- Politik für eine sichere Schweiz

### 1. Wir kämpfen für das Wohl der Familien

#### Wo die Probleme liegen

Viele junge Paare verschieben ihren Kinderwunsch auf später, immer mehr Paare bleiben kinderlos. Die fehlenden Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, haben fatale Folgen für die Zukunft unseres Landes. Die Schweiz soll ein kinderfreundliches Land sein. Die Kaufkraft des Mittelstandes und der Familien darf nicht weiter sinken: Steigende Abgaben und Gebühren und namentlich die Explosion der Krankenkassenprämien insbesondere für junge Erwachsene und Erwachsene haben in der Vergangenheit den finanziellen Spielraum des Mittelstandes eingeschränkt.

Wie wir sie lösen: mit einer gezielten Politik für die Familien und den Mittelstand

#### Unsere Leitlinien in der Familienpolitik:

- Die Familien wissen am besten, welche Lebensform für sie die geeignetste ist.
- Die CVP setzt sich für die Wahlfreiheit betreffend Erwerbstätigkeit und Kindererziehung zwischen den Partnern ein.
- Die CVP stellt nicht die Familienform, sondern das Wohl der Kinder ins Zentrum ihres politischen Schaffens.
- Eltern, die auf ein zweites Einkommen verzichten, um möglichst viele Betreuungsaufgaben selber wahrzunehmen, sollen keine Nachteile erleiden. Umgekehrt darf es aber nicht sein, dass Eltern, welche zwei Einkommen erzielen, steuerlich dafür bestraft werden.
- Familien sollen bei Bedarf vom Staat finanziell und infrastrukturell unterstützt werden.

## Wir setzen eine mittelstands- freundliche Steuerpolitik um

**1.1** Wir entlasten den Mittelstand gezielter. Markante Erhöhungen der indirekten Steuern und Prämien erhöhungen der Krankenkassen haben den Mittelstand in der jüngeren Vergangenheit erheblich belastet. Bei vielen Leistungen (z. B. Kinderkrippen, Musikschulen) werden heute die tiefsten Einkommen subventioniert, bei den höchsten wird die Belastung limitiert – nur der Mittelstand zahlt voll. Wir werden den Mittelstand deshalb bei den direkten Steuern erheblich entlasten.

## Wir kämpfen für Entlastung und wirtschaftliche Sicherheit der Familien

**1.2** Dank der CVP-Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe beenden wir die Diskriminierung von verheirateten Paaren und erreichen deren steuerliche Gleichstellung mit Konkubinatspaaren.

**1.3** Kinder werden prämienfrei versichert. Wir halten an der Halbierung der Prämien von jungen Erwachsenen in Ausbildung, aus Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, fest.

**1.4** Die Kinder- und Ausbildungszulagen entlasten die Familien und dürfen nicht zu einer ungerechtfertigten Erhöhung des steuerbaren Einkommens führen. Dank der CVP-Volksinitiative werden die Zulagen von den Steuern befreit.

**1.5** Wir senken die Steuern für die Familien. Wir führen anstelle des Kinderabzugs eine jährliche Steuergutschrift von 1000 Franken pro Kind auf Bundesebene ein.

## Wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

**1.6** Wir unterstützen einen weiteren Ausbau von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung. Wir befürworten und fördern die Schaffung von Tagesstrukturen und Tagesschulen. Die Nachfragenden tragen gemäss dem Verursacherprinzip nach ihren Möglichkeiten dazu bei.

**1.7** Wir fördern im Dialog mit den Arbeitgebenden die Einführung flexibler Arbeitszeiten für Väter und Mütter, partnerschaftlicher Modelle und familienbedingter Teilzeitarbeit (auch für Kaderpositionen). Berufstätige Eltern sollen ihre Erwerbstätigkeit für eine gewisse Zeit reduzieren können.

**1.8** Wir anerkennen die unschätzbaren Leistungen der Familien für die Gemeinschaft. Auch Familienarbeit ist ein Leistungsausweis und soll bei der Anstellung von Wiedereinsteigenden als Qualifikation berücksichtigt werden. Wir unterstützen Angebote für die berufliche Wiedereingliederung und Weiterbildung in der Zeit der Kindererziehung.





# MEN THEMEN THEMEN

Wir machen uns  
für Kinder und  
Jugendliche stark

## Wir setzen uns für familienfreundliche Rahmenbedingungen ein

**1.9** Wir schaffen positive Anreize für Wohneigentum der Familien und fördern preisgünstigen, nachhaltigen Wohnraum.

**1.10** Wir berücksichtigen in der Wohnbaupolitik und der Zonenplanung die Bedürfnisse der Familien. In der Gestaltung der Quartiere stehen die Bedürfnisse der Familien im Zentrum.

## Wir machen uns für die Kinder und Jugendlichen stark

**1.11** Wir streben die vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention an.

**1.12** Kinder und Jugendliche müssen auch in der virtuellen Welt geschützt werden. Eltern, Lehrpersonen und die Jugendlichen selbst müssen für Vorfälle wie Mobbing, Stalking oder Sexting im Internet sensibilisiert werden. Der Bund und die Kantone müssen dazu griffige Massnahmen für Prävention und Intervention erarbeiten.

**1.13** Wir fördern die Elternbildung im Bereich von Suchtfragen, appellieren an die Verantwortung der Eltern und fordern die Mitwirkung der Schulen im Bereich der Bekämpfung des Suchtmittelkonsums (Alkohol, Tabak, Drogen, Internet und Videospiele).

**1.14** Wir schaffen Perspektiven für Jugendliche. Wir schützen sie bestmöglich vor Arbeitslosigkeit, indem wir uns bedarfsgerecht für gute Ausbildungsmöglichkeiten, genügend Ausbildungsplätze und sinnvolle Freizeitangebote einsetzen.

**1.15** Wir unterstützen das politische Engagement junger Menschen, damit sie aktiv in die politische Mitarbeit einbezogen werden. Kandidaturen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sind mit entsprechenden Listen zu unterstützen.

## Wir stärken die Generationenbeziehungen

**1.16** Wir fordern vom Bundesrat eine departementsübergreifende Strategie, wie dem demografischen Wandel begegnet werden soll. Dieser wird in den kommenden Jahrzehnten eine der grössten Herausforderungen für die Schweiz darstellen. Die Kantone, die Gemeinden und die Verbände werden im Rahmen ihrer Kompetenzen mit einbezogen.

**1.17** Wir setzen uns für gezielte Elternbildung ein und unterstützen damit die Eltern in ihrer Verantwortung Kinder gross zu ziehen.

**1.18** Auch ausserhalb der Familien soll das Zusammenleben der verschiedenen Generationen, z. B. durch den Bau des Kindergartens im Altersheim, gefördert werden. Wir fordern mehr generationenübergreifend angelegte Wohnbaukonzepte. Im Rahmen der Wohnbauförderung soll der Bund vor allem solche Projekte unterstützen, welche eine vermehrte Durchmischung der Generationen begünstigen. Dazu gehört auch, dass Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungs- und Freizeitangebote gut erreichbar sind.

**1.19** Wir unterstützen Seniorinnen und Senioren in ihren Anliegen und setzen uns für ein würdevolles und gerechtes Leben im Alter ein.

**1.20** Wir unterstützen die Beziehungsnetze zwischen den Generationen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Wir unterstützen Modelle und Begegnungsformen, bei denen Alt von Jung und umgekehrt profitieren (junge Menschen vermitteln älteren neue Informationstechnologien, ältere Menschen vermitteln jüngeren Wissen und Werte). Wir stärken die Kompetenzen der jüngeren Generationen in der Begleitung von älteren pflegebedürftigen Menschen. Wir fördern das gegenseitige Verständnis für die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen.

## Wir stehen hinter der eingetragenen Partnerschaft

**1.21** Wir befürworten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft, lehnen aber die gleichgeschlechtliche Ehe ab. Die CVP hatte sich im Jahr 2005 bei der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz für die Vorlage eingesetzt, gerade auch weil die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ausdrücklich ausgeschlossen wurde.

## 2. Wir kämpfen für eine soziale Marktwirtschaft

### Wo die Probleme liegen

Die Schweiz ist wirtschaftlich stabil. Die Menschen haben Arbeit und Perspektiven, ein soziales Netz sorgt für Sicherheit. Das alles gilt es zu sichern. Jedoch ist das internationale wirtschaftliche Umfeld schwierig: Als Exportregion Nummer 1 ist die EU für die Schweiz von besonderer Wichtigkeit. Der Druck auf den Schweizer Franken ist gross und führt zu überhöhten Preisen in unserem Land und zu schwierigen Wettbewerbsbedingungen für die Schweizer Exporteure sowie den Schweizer Tourismus.

**Wie wir sie lösen: mit unserer Politik für Arbeit und Wohlstand**



Eine aktive Aussenpolitik für eine souveräne und offene Schweiz

## Wir fördern den Wirtschaftsstandort Schweiz

**2.1** Wir sorgen aktiv für eine hohe Standortattraktivität. Wir optimieren die Infrastrukturen und schaffen Zugang zu qualifiziertem Personal. Wir wollen ein hohes allgemeines Bildungsniveau, beste Bedingungen für Innovation und Forschung, Rechtssicherheit, eine tiefe Regulierungsdichte, ein liberales Arbeitsrecht und eine international konkurrenzfähige Steuerpolitik.

**2.2** Wir fördern den verantwortungsvollen Umgang mit allen Ressourcen wie zum Beispiel dem Boden, dem Wasser, den Nahrungsmitteln oder der Energie. Wir unterstützen die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und stehen zur Energiewende.

**2.3** Wir fordern optimale Rahmenbedingungen für die an der Energiewende beteiligten Unternehmen. Denn wir glauben daran, dass mit der Energiewende ein neuer mittelständischer Wirtschaftszweig entsteht. Dazu zählen wir insbesondere innovative Handwerker und Gewerbebetriebe, welche die Effizienzsteigerung von Anlagen, das energieeffiziente Bauen und Sanieren, den dezentralen Aufbau der nachhaltigen Energieproduktion und den Aufbau der intelligenten Übertragungsnetze mitgestalten.

**2.4** Wir sorgen für einen starken Finanzplatz, welcher international akzeptiert und konkurrenzfähig ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz internationale Standards dann umsetzt, wenn sie auf allen relevanten Finanzmärkten praktiziert und umgesetzt werden.

**2.5** Wir schaffen Wettbewerb, der die Vielfalt sicherstellt und die Hochpreisinsel Schweiz knackt! Konsumentinnen und Konsumenten haben ein Anrecht auf ein gerechtes Preis-Leistungs-Verhältnis. Monopole, Kartelle, Preisabsprachen, Handelsbarrieren und Korruption verhindern einen funktionierenden, fairen Markt und gleiche Chancen für alle Anbieter.

**2.6** Wir erinnern daran, dass die Wirtschaft im Dienste des Menschen steht und nicht umgekehrt. Wir rufen die Unternehmen zur Respektierung der grundlegenden ethischen Prinzipien gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Mitarbeitenden und der Gesellschaft im Allgemeinen auf.

## Wir sichern den Wissenstransfer und setzen auf Forschung und Entwicklung

**2.7** Wir wollen den Fachkräftemangel aktiv angehen. Potential sieht die CVP bei den Frauen, Wiedereinsteigenden und bei älteren Menschen. Zudem fordern wir Unternehmen in der Schweiz dazu auf, Arbeitnehmende vermehrt auf dem heimischen Markt zu rekrutieren.

**2.8** Wir investieren genügend Mittel für bedarfsgerechte Bildung, Forschung und Technologie. Wir wollen einen internationalen Spitzenplatz in der Wissenschaft, führende Hochschulen und eine erstklassige Grundschulausbildung. Wir stärken das duale Bildungssystem.

**2.9** Wir bauen die Grundlagenforschung aus und fördern den Technologietransfer in den zukunftsorientierten Bereichen (Energieeffizienz, erneuerbare Energien, intelligente Netze, Nanotechnologie, Mikroelektronik, Zukunftstechnologien im Gesundheitsbereich usw.). Wir halten den Spitzenplatz der Schweiz in der Umweltforschung: Mobilitätsforschung, neue Verkehrstechnologien, natürlich abbaubare Stoffe und erneuerbare Energien sind unsere Spezialitäten.

### Wir stärken die KMU: attraktives Steuerumfeld, weniger Bürokratie und mehr Unternehmertum

**2.10** Dank dem Föderalismus funktioniert der Steuerwettbewerb. Wir halten auch in Zukunft daran fest, solange er sich in einem vernünftigen Rahmen hält. Der Steuerwettbewerb schafft ein attraktives Steuerumfeld und hält staatliche Ausgaben tief.

**2.11** Wir reduzieren die Bürokratie in allen Bereichen wie beispielsweise den Sozialversicherungen, den Zollformalitäten, im Handelsregisterwesen, bei Firmengründungen, in der Lehrlingsausbildung, in der Landwirtschaft, bei allen Arten von Bewilligungen, den Normen oder beim Erlassen von Vorgaben in den Gesetzesverordnungen.

**2.12** Wir wollen mehr Unternehmensgründungen ermöglichen und helfen jungen Unternehmen, indem wir die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital verbessern.

**2.13** Wir setzen uns für ein Steuer- und Gebührensystem ein, welches unternehmerfreundlich ist.

### Wir erhalten den fairen und flexiblen Arbeitsmarkt

**2.14** Wir lehnen einen Ausbau des Kündigungsschutzes und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ab: Beides verhindert neue Stellen. Sozialpläne sind Sache der Unternehmen und bedürfen keiner gesetzlichen Regelung. Wir ziehen die gelebte, branchenspezifische Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern staatlichen Eingriffen vor.

**2.15** Wir engagieren uns für flexible Arbeitszeiten und fördern das Bewusstsein für neue Arbeitsformen (Home Office), welche eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

**2.16** Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeber und Staat das Potenzial und die Erfahrung von älteren Arbeitnehmenden wieder vermehrt einbinden. Das Ausscheiden älterer Arbeitnehmender aus dem Arbeitsprozess hat einen teuren Know-how-Verlust zur Folge.

**2.17** Wir wollen die Ausbildung von Lernenden fördern und alle Gebühren dafür abschaffen. Wer sich um öffentliche Aufträge bewirbt und Lernende ausbildet, soll davon profitieren, dass die Anstellung von Lehrlingen Teil der Zuschlagskriterien ist.

**2.18** Wir fördern die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen in Privathaushalten (beispielsweise als Haushalthilfe, bei der Pflege oder der Kinderbetreuung). Wer einen Arbeitsplatz zu Hause schafft, soll die Möglichkeit haben, die damit verbundenen Kosten steuerlich teilweise abziehen zu können. Illegale Arbeitsverhältnisse werden von uns bekämpft.

## 3. Wir kämpfen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

### Wo die Probleme liegen

Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis des Menschen. Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Die Menschen müssen sich in der Schweiz wieder sicherer fühlen: Sie sollen keine Angst vor Einbrüchen oder tätlichen Übergriffen haben. Die Bekämpfung von Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, bandenmässiger Kriminaltourismus, Gewaltextremismus oder Internetkriminalität erfordern genügend Mittel der Sicherheitskräfte.

Sicherheit umfasst aber auch die soziale Sicherheit und damit den Schutz davor, durch einen Schicksalsschlag die Existenzgrundlage zu verlieren. Die Schweiz verfügt über ein engmaschiges Netz von Sozialversicherungen, welche jedoch mit grossen Herausforderungen

konfrontiert sind. Die Menschen werden älter und beziehen länger ihre Renten. An den Kapitalmärkten lassen sich geringere Renditen erzielen als in früheren Jahren. Die Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr und stellen für viele Menschen eine grosse finanzielle Belastung dar. Trotzdem, die Menschen müssen sicher sein, dass sie ihre Altersrenten beziehen können und dass sie im Krankheitsfall medizinisch gut versorgt werden.

Wie wir sie lösen: mit starken Partnern für eine sichere Schweiz und mit gezielten Reformen der Sozialwerke

**3.1** Wir wollen eine starke, flexible Armee, die sich gegen neue Bedrohungsformen (Terrorismus, Internetkriminalität) rüstet und sich vermehrt auf die Bedürfnisse der inneren Sicherheit ausrichtet. Wir fordern eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Armee und zivilen Notfallorganisationen (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, sanitätsdienstliche Einsatzorganisationen, private Sicherheitsdienste). Wir unterstützen die Milizarmee und sind gegen eine Berufsarmee.

**3.2** Wir führen auf Bundesebene die sicherheitsrelevanten Einrichtungen in ein „Departement für Sicherheit“ zusammen. Die Grundlage eines solchen Departements bildet dabei die Armee. Die Polizei muss im Hoheitsbereich der Kantone bleiben.

- 3.3** Wir stehen hinter dem Schengen-Abkommen. Wir wollen den Zugang zu den europäischen Datenbanken zugunsten der inneren Sicherheit nutzen.
- 3.4** Die Kompetenzen des Bundes und der Kantone sind im Bereich „Cyber“ zu überprüfen; die kantonale Polizeihöhe ist im Sinne des realistisch Machbaren zu schärfen. Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Risiken (NCS) darf nicht dazu missbraucht werden, 150 Jahre alte Abgrenzungen zu zementieren. Organe der inneren und äusseren Sicherheit müssen unter Mitwirkung des neu gegründeten Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) im Bereich „Cyber“ und darüber hinaus künftig besser koordiniert agieren.
- 3.5** Um Kinder im Netz vor Pädophilen zu schützen, fordern wir Bund und Kantone auf, gemeinsam koordiniert gegen jede Form von Pädokriminalität und Cyber-Grooming (gezieltes Ansprechen von Minderjährigen im Internet, mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte) vorzugehen. Diese Verbrechen bekämpfen wir mit aller Härte. Verdeckte präventive Ermittlung in diesem Bereich muss möglich sein.
- 3.6** Wir fordern eine effiziente Gestaltung der Strafprozessordnung und eine Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer. Gewalttäter sollen sich in jedem Fall vor einem Richter verantworten müssen. Wir unterstützen die Einführung von Schnellverfahren, wie dies im Kanton St. Gallen erfolgreich praktiziert wird.
- 3.7** Wir fordern die Überwachung von Gewaltextremisten. Gesetzliche Grundlagen sind erforderlich, damit die Polizei oder der Nachrichtendienst des Bundes im Falle von Gewaltextremismus präventiv Telefone abhören oder E-Mails überwachen können.
- 3.8** Wir wollen für die Überwachung von Sicherheit und Ordnung genügend Sicherheitskräfte. Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Kantonen, ebenso muss das Grenzwachtkorps personell erhöht werden.
- 3.9** Wir fordern eine Anpassung des Datenschutzes an die veränderten technologischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir unterstützen die europäischen Bestrebungen nach einem internationalen Datenschutzabkommen.



**3.10** Wir wollen keinen gläsernen Bürger. Das Recht auf Schutz persönlicher Daten ist ein kostbares Gut. Dieses Recht muss aber dort enden, wo der Schutz einer Person eine andere Person oder grundlegende Anliegen des Gemeinwohles gefährdet.

**3.11** Wir setzen uns in internationalen Organisationen (Europarat, OSZE) für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit ein. Wir stehen für friedenssichernde Massnahmen (z. B. UN-Blauhelme) ein.

### Wir stärken das Drei-Säulen-Prinzip der Altersvorsorge

**3.12** Wir halten am bewährten Drei-Säulen-System fest. Ziel ist die Konsolidierung und die finanzielle Sicherung aller drei Säulen und damit der heutigen Leistungen im Alter: Eine Aushöhlung oder Vermischung kommt nicht in Frage.

### Wir sichern die AHV-Renten

**3.13** Wir erhalten das Beitragssubstrat der AHV. Durch Gesetzesänderungen wie Steuerreformen oder patronale Wohlfahrtsfonds darf der AHV kein Geld entzogen werden.

**3.14** Dank der CVP-Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe beenden wir die Ungleichbehandlung von Ehepaaren bei den AHV-Renten.

**3.15** Wir unterstützen ein Rentenaltermodell, das den Bedürfnissen der Menschen im 21. Jahrhundert entspricht: Wir fördern eine Flexibilisierung des Rentenalters, welche finanzierbar ist. Mit dem einheitlichen Rentenalter 65 als Angelpunkt soll in einer Bandbreite zwischen 60 und 70 Jahren jede Person selber entscheiden können, ab wann sie eine versicherungsmathematisch korrekte Altersrente wünscht. Wer freiwillig länger als bis 65 arbeiten will, soll belohnt werden. Die Erfahrung der älteren Generation ist für unsere Wirtschaft wertvoll.

### Wir sichern die BVG-Renten

**3.16** Wir fordern Generationengerechtigkeit in der zweiten Säule. Das Kapitaldeckungsverfahren ist einzuhalten. Quersubventionierungen von jungen Beitragszahlenden zu Rentenbezüglern sind unzulässig. Das Ziel der CVP ist ein versicherungstechnisch korrekter Umwandlungssatz.

**3.17** Wir wollen keine risikoreichen Spekulationen und setzen auf ausgewogene Anlagen von Pensionskassengeldern, möglichst in der Schweiz. Keine kurzfristigen Gewinne, sondern langfristige Sicherung der zweiten Säule. Der obligatorische BVG-Teil soll als Rente gesichert werden.

**3.18** Wir fordern von den Pensionskassen volle Transparenz gegenüber den Versicherten über die getätigten Anlagen und Investitionen sowie die Verwaltungskosten.

**3.19** Ältere Arbeitnehmende sind, durch steigende Beiträge, im Arbeitsmarkt schlechter gestellt. Wir beseitigen dies durch neu abgestufte Beitragssätze im BVG.

**3.20** Wir fordern, dass Personen, die ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend einstellen, weil sie Erziehungs- und/oder Betreuungsaufgaben übernehmen, ihre zweite Säule weiterführen können. Bei Angestellten mit mehreren Teilzeitstellen – mehrheitlich Frauen – soll der Koordinationsabzug auf das gesamte Einkommen bezogen und eine anteilmässige Finanzierung der zweiten Säule durch die Arbeitgeber finanziert werden.

## Wir sichern die Invalidenversicherung langfristig

**3.21** Wir wollen Menschen mit Behinderungen auch in Zukunft ermöglichen, sich dank Eingliederungsmassnahmen die Existenzgrundlage so weit wie möglich selbständig zu sichern. Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist vordringlich. Der Grundsatz „Eingliederung vor Rente“ hat oberste Priorität. Wenn eine Wiedereingliederung nicht oder nur teilweise möglich ist, soll die Existenz mit dem Ausrichten einer (Teil-)Rente garantiert werden.

## Wir stellen die medizinische Grundversorgung sicher

**3.22** Die CVP fordert eine hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung, welche von Gesundheitsregionen, statt wie bisher von Kantonen erbracht und gesteuert wird. Die Regionen sollen sich gegenseitig im Sinne einer gesamtschweizerischen medizinischen Versorgung unterstützen.

**3.23** Wir halten an der obligatorischen Versicherungspflicht fest. Mit der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) wird jeder Bürgerin und jedem Bürger der Zugang zur Grundversorgung garantiert. Der angemessene, rechtsgleiche Zugang zur Spitzenmedizin ist für alle gewährleistet.

**3.24** Wir lehnen die Beschränkung medizinischer Leistungen ab einem gewissen Alter entschieden ab: Diese Rationierung ist unethisch und wird der Würde des Menschen nicht gerecht.

**Wir sorgen für Qualität zum besten Preis durch eine Mischung aus Wettbewerb und staatlicher Regulierung**

**3.25** Wir führen eine elektronische Gesundheitskarte für alle Patientinnen und Patienten ein. Versicherer haben keinen Zugriff auf die Gesundheitsdaten, nur Ärzte dürfen Einsicht erhalten.

**3.26** Wir treten gegen die (im Vergleich zu den Nachbarländern) zu hohen Preise von importierten Medikamenten, medizinaltechnischen Produkten und Geräten an. Wir fordern kleinere, konsumentengerechtere Verpackungen von Medikamenten und Wettbewerbspreise für Mittel und Gegenstände.

**3.27** Wir fördern die integrierte Versorgung.

**3.28** Wir streben die gleiche Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen (Monismus) an. Verzerrungen verteuern das System.

**3.29** Wir sind für Wettbewerb mit staatlichen Rahmenbedingungen. Wir lehnen die Einführung einer Einheitskasse, über das ganze Gebiet der Schweiz, ab.

**3.30** Wir fordern die Versicherer auf, die vollständige Transparenz in der Rechnungslegung sowie in der Prämiengestaltung zu gewährleisten.

**3.31** Eine strikte Kontrolle der zu bezahlenden Rechnungen ist notwendig. Dazu brauchen die Versicherer die notwendigen Daten. Der Datenschutz wird gewahrt.

**3.32** Wir sind für einen krankheitsbezogenen Risikoausgleich. Damit steigt der Anreiz für gute Behandlungskonzepte für chronisch Kranke. Die Jagd auf gute Risiken wird gestoppt.

**Wir gewährleisten eine würdige Pflege**

**3.33** Wir sichern jedem Menschen eine angemessene Betreuung zu, wenn er krank ist und eine würdige Begleitung beim Sterben.

**3.34** Wir fördern die Pflege zu Hause. Personen, die sich um pflegebedürftige Familienangehörige kümmern, sollen eine Betreuungszulage erhalten.

**3.35** Wir stärken die Palliativpflege und Palliativmedizin. Im Zentrum der medizinischen und pflegerischen Betreuung stehen die Patientinnen und Patienten.

**3.36** Die aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.

**Wir reformieren die Sozialhilfe**

**3.37** Wir bauen das System der Sozialhilfe nach dem Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ aus. Wer einmal ins System der Sozialhilfe rutscht, soll mit Eigeninitiative wieder herauszufinden – der Staat soll die Eigeninitiative unterstützen.

Wir wollen, dass die Schweiz zur Weltspitze  
bei den PISA-Studien gehört



## Unsere Positionen für das Erfolgsmodell Schweiz

Grundwerte und Schwerpunktthemen definieren die Identität unserer Partei. Unsere Positionen definieren die Haltung der CVP zu ausgewählten, aktuellen Themen.

### Bildung fördern: für ein leistungsstarkes Bildungssystem

**Grundsatz: Der Bildung und Forschung kommt für uns erstrangiger Stellenwert zu. Eine gute Bildung ist die beste Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit und hilft, das Leben eigenständig gestalten zu können. Wir schaffen Rahmenbedingungen, die uns einen internationalen Spitzenplatz garantieren. Die Bildung macht uns die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens bewusst; die Forschung steigert die Innovationskraft unserer Gesellschaft. Forschung und Bildung sind Quellen unseres Wohlstands.**

1. Wir stehen zur öffentlichen Schule. Für uns ist die qualitativ hochstehende Ausbildung der Kinder und Jugendlichen Aufgabe von Kantonen und Gemeinden. So kann diskriminierenden Privatisierungstendenzen im Bildungswesen entgegengewirkt werden.
2. Wir fordern nationale Standards für die wesentlichen Lernziele. Wir messen die Erfüllung dieser Standards periodisch. Wir befürworten Noten als geeignetes Beurteilungsmittel für individuelle Leistungen. Wir wollen, dass die Schweiz bei allen Grundkompetenzen zur Weltspitze bei den PISA-Studien gehört. Der Lehrplan 21 soll möglichst verbindlich umgesetzt werden. Eine Harmonisierung der Schweizer Bildung mit vergleichbaren Messgrössen soll angestrebt werden.
3. Wir fordern, dass neben den Grundkompetenzen auch soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Anstand, Respekt, Toleranz, Kritik- und Kompromissfähigkeit, Hilfsbereitschaft und Konfliktlösungsstrategien vermittelt werden. Dabei spielen auch Fächer wie Sport und Musik wichtige Rollen.
4. Wir fordern den gezielten Einsatz gegen Gewalt an Schulen.
5. Wir verlangen, dass bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit gute Kenntnisse prioritär in einer zweiten Landessprache und sekundär in einer weiteren Fremdsprache erlangt werden.

6. Wir bringen jungen Ausländerinnen und Ausländern eine Landessprache bei, bevor sie in die Regelklassen eingliedert werden und machen sie mit Kultur und Geschichte vertraut. Für Schulklassen mit einem sehr hohen Ausländeranteil fördern wir weitere Integrationsmassnahmen wie Aufgabenhilfen.
7. Wir fördern das Demokratiebewusstsein unserer Jugend.
8. Wir begrüssen die Schaffung freiwilliger vorschulischer Betreuungsangebote. Wir unterstützen den Aufbau von Tagesstrukturen. Diese müssen sich nach den Bedürfnissen orientieren und schulergänzend aufgebaut sein.
9. Wir fordern, dass MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gezielt auf sämtlichen Schulstufen gefördert werden und zunehmend mehr Mädchen und junge Frauen dafür begeistert werden.
10. Wir fordern die systematische Vermittlung von betriebs- und volkswirtschaftlichem Grundwissen auf allen Schulstufen.
11. Wir fordern mehr männliche Lehrpersonen auf Stufe der Primarschulen.
12. Wir sichern das duale Berufsbildungssystem: Wir fördern eine Berufsbildung, die dem Wechsel von Arbeits- und Berufsfeldern Rechnung trägt und sich auf Grundkompetenzen konzentriert. Wir erhöhen die Durchlässigkeit zwischen der Berufs- und der Hochschulbildung. Wir berücksichtigen die Bedürfnisse der Firmen die Lehrstellen anbieten.
13. Wir wollen die hohe Qualität der Schweizer Maturität beibehalten. Es braucht keine fixe Maturaquote. Nur so kann der prüfungsfreie Zugang zu den Universitäten und eidgenössischen Hochschulen weiterhin gewährleistet werden. Wir sprechen uns für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und akademischer Ausbildung aus. Die Bildungswege sollen sich nicht konkurrieren.
14. Wir unterstützen die höhere Berufsbildung weil diese vielfältige Möglichkeiten und Karrierechancen für junge Menschen eröffnet.
15. Wir unterstützen die Bestrebungen der Erziehungsdirektoren, die Vergabe von Stipendien besser zu koordinieren.
16. Wir setzen uns für die Koordination von Studiengängen zwischen den Universitäten wie auch Fachhochschulen ein. Wir fordern die Universitäten auf, schwach besuchte Studiengänge gemeinsam anzubieten. Wir schaffen kostenoptimale Ausbildungs- und Forschungsstrukturen und machen Bundesbeiträge davon abhängig.
17. Wir bauen schweizweit eine kleine Anzahl von Kompetenzzentren auf, die in Forschung und Lehre zur Weltspitze zählen.
18. Wir setzen uns bei der Schaffung von künftigen Innovationsparks dafür ein, dass mehrere Standorte und Landesregionen berücksichtigt werden.

# POSITIONEN

## Umwelt und natürliche Ressourcen schützen: für mehr Lebensqualität

**Grundsatz: Wirtschaftswachstum muss in Einklang mit der Umwelt stehen. Wir setzen in unserer Umweltpolitik auf Anreize, wie das Verursacherprinzip und Lenkungsabgaben – nicht auf Verbote. Wir garantieren eine sichere und erneuerbare Energieversorgung.**

**19.** Wir setzen uns für den Schutz der Natur (Gewässer, Wälder, Landschaft, Flora und Fauna) und den Erhalt der Biodiversität ein.

**20.** Wir nehmen den Klimawandel ernst und wollen unsere Alpen und unseren Lebensraum schützen. Wir setzen uns für die Verlängerung des Kyoto-Protokolls (Kyoto 2) bis 2020 ein. Wir unterstützen das Reduktionsziel von 20 Prozent der Treibhausgasemissionen bis 2020 in der Schweiz.

**21.** Wir setzen uns für die ausreichende Versorgung mit einheimischem, sicherem und umweltfreundlichem Strom und für eine möglichst geringe Abhängigkeit vom Ausland ein.

**22.** Wir unterstützen einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Wir realisieren die Energiewende mit der Förderung der einheimischen Wasserkraft (inkl. Grosswasserkraft und Pumpspeicherung) sowie der anderen erneuerbaren Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz, der Entwicklung und Vereinfachung

der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) und der Verstärkung des Gebäudeprogramms. Wir führen das Programm Energie Schweiz weiter.

**23.** Wir wollen eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Energiewende. Diese darf nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt.

**24.** Wir beachten die verfassungsmässigen Zuständigkeiten der Kantone im Bereich Umwelt- und Energiepolitik und berücksichtigen ihre Interessen.

**25.** Wir fördern klima- und ressourcenschonende Technologien, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Cleantech ist eine Chance für unsere Wirtschaft.

**26.** Wir fordern eine Vereinfachung und Verkürzung der Bewilligungsverfahren für Projekte betreffend erneuerbarer Energien und Stromnetze. Der Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die Versorgungssicherheit müssen neben den Schutzinteressen gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) mindestens gleichwertig berücksichtigt werden. Das Verbandsbeschwerderecht und die Verbindlichkeit der Empfehlungen der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) sollen wenn nötig eingeschränkt werden.

**27.** Wir fordern weitere Massnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich. Neubauten sollen künftig grundsätzlich nur noch nach gängigen Energieverbrauchstandards gebaut werden dürfen. Für Altbauten und Sanierungen sind Standards zu entwickeln.

**28.** Wir fördern den Ausbau und die Modernisierung des schweizerischen Stromnetzes. Wir unterstützen die Entwicklung intelligenter Netze (smart grids), um die Netze flexibler zu steuern und um damit die Effizienz der Stromversorgung zu verbessern. Gleichzeitig bewahren wir die Natur und die Landschaft.

**29.** Wir setzen uns gegen eine fortsetzende Zersiedelung ein und unterstützen die Verdichtung des Bauens nach innen.

**30.** Wir fordern, dass sich die Raumordnungspolitik am Raumkonzept orientiert und dass die Revision des Raumplanungsgesetzes sowie die Zweitwohnungsinitiative vernünftig umgesetzt werden. Es muss auch in den Landregionen und den Berggebieten eine positive wirtschaftliche Entwicklung möglich bleiben.

## Eine nachhaltige Verkehrspolitik: für eine effiziente Mobilität

**Grundsatz: Die Mobilität von Personen und Gütern nimmt kontinuierlich zu. Wir gewährleisten die langfristige Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsinfrastrukturen. Wir setzen uns ein für den Zugang zur Mobilität in geeigneter Form für alle zu einem verantwortbaren Preis sowie für die bestmögliche Vereinbarkeit von Mobilität und Umweltschutz.**

**31.** Wir lehnen die Privatisierung des Schienenverkehrs ab, unterstützen aber mehr Wettbewerb unter den Betreiberunternehmen. Wir widersetzen uns Bestrebungen, Bahninfrastruktur und Bahnbetrieb zu trennen. Statt dessen soll eine unabhängige Regulatorbehörde (Railcom) eingesetzt werden.

**32.** Wir fordern im Schienengüterverkehr eine gesamtheitliche Betrachtung, die auch den Schienengüterverkehr in der Fläche einbezieht. Der vertaktete Schienenpersonenverkehr bei der Trassenzuteilung muss aber bestehen bleiben.

**33.** Wir unterstützen Massnahmen zur Verlagerung des grenzüberschreitenden, alpenquerenden Transitverkehrs auf die Schiene: Die Maximalwerte der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sind durch eine Erhöhung derselben auf den vom Landverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und der EU festgelegten Maximalbeitrag auszuschöpfen. Die Ziele des Alpenschutzes sind für uns verbindlich. Auf der Gotthard-



# POSITIONEN

achse fordern wir die Realisierung des 4-Meter-Korridors bis spätestens 2020. Der Bund soll den Bau von Verladeterminals für den kombinierten Verkehr finanziell unterstützen.

**34.** Wir gewährleisten den Ausbau, Substanzerhalt und Unterhalt des schweizerischen Eisenbahnnetzes und sichern die langfristige Finanzierung.

**35.** Multimodales Verkehrsverhalten wie CarSharing, BikeSharing, Park&Ride, Park&Pool usw. sind zu fördern. Regionale Arbeitsplätze und lokales Einkaufen sind anzustreben.

**36.** Wir fordern ein strategisches Entwicklungsprogramm für den Strassenverkehr, welches die langfristige Weiterentwicklung des National- und Hauptstrassennetzes und dessen Finanzierung aufzeigt. Zusätzliche Quersubventionierungen von der Strasse zur Schiene sollten vermieden werden.

**37.** Wir setzen uns ein für die rasche Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes, dessen sicheren und finanzierten Unterhalt und Betrieb sowie die Engpassbeseitigung. Zudem leistet der Bund weiterhin substantielle Beiträge an das Hauptstrassennetz, für die grossräumige Erschliessung der regionalen Zentren, von Berggebieten und Randregionen sowie der wichtigsten Tourismusdestinationen.


**38.** Wir fordern die Weiterführung der Agglomerationsprogramme. Wir wollen die grösseren Agglomerationen in der Lösung ihrer

drängenden Verkehrsprobleme unterstützen. Der tägliche Kollaps muss abgewendet werden, die Entlastung der Bevölkerung von Verkehrslärm ist vordringlich. Wir unterstützen die Beteiligung des Bundes an den Kosten des Agglomerationsverkehrs. Die Finanzierung soll weiterhin durch einen Teil der Erlöse aus den Treibstoffabgaben gesichert werden.

**39.** Wir unterstützen zur Sanierung des bestehenden Tunnels den Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard. Aus wirtschaftlichen, regionalpolitischen und sicherheitstechnischen Gründen ist dies die beste Lösung. Wir unterstützen diese Massnahme aber nur, wenn kein Kapazitätsausbau auf der Strasse und nur eine einspurige Nutzung der Tunnels zugelassen werden.

**40.** Wir unterstützen die Anwendung des Verursacherprinzips. Langfristig soll der Verkehr durch ein Mobility-Pricing-System finanziert werden. Bei der Verteilung der Belastung auf einzelne Verkehrsnutzer sind regional-, energie- und klimapolitische Aspekte zu berücksichtigen.

**41.** Wir setzen uns für eine Luftfahrtinfrastruktur ein, die weltweit konkurrenzfähig und attraktiv ist. Wir erhalten direkte Interkontinentalverbindungen in die globalen Wirtschaft- und Wachstumszentren durch die Schaffung eines internationalen Luftfahrt-drehkreuzes in der Schweiz. Die regionalen Flughäfen sollen bedürfnisgerecht entwickelt werden. Wir lehnen die Verstaatlichung der Landesflughäfen ab.

A woman with brown hair, wearing a blue jacket, is looking at a display of fresh vegetables at a market stall. The stall is filled with various types of peppers, including green, red, and yellow ones. The background is blurred, showing other market stalls and people. The text is overlaid on the lower left side of the image.

Sichere Nahrungsmittel  
und Schutz der Konsumenten:  
für eine produktive und ökologische  
Landwirtschaft

# POSITIONEN

## Sichere Nahrungsmittel und Schutz der Konsumenten: für eine produktive und ökologische Landwirtschaft

**Grundsatz: Wir erachten eine angemessene Grundversorgung mit eigenen Nahrungsmitteln als zentral. Wir behalten die Direktzahlungen an die Landwirtschaft für gemeinwirtschaftliche Leistungen bei.**

**42.** Wir setzen uns für eine zukunftsgerichtete, vor allem durch Familienbetriebe getragene Landwirtschaft ein. Ein produzierender Familienbetrieb muss ein mit der Gesamtbevölkerung vergleichbares Einkommen erwirtschaften können.

**43.** Wir halten am Verfassungsauftrag und den damit verbundenen multifunktionalen Aufgaben der Landwirtschaft fest. Die Agrarpolitik richtet sich auf einen Nettoselbstversorgungsgrad von mindestens 60 Prozent aus.

**44.** Wir setzen uns für eine produktive, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ein. Der landwirtschaftliche Betrieb darf nicht durch unnötige Regulationen und hohen administrativen Aufwand eingeschränkt werden. Wir bevorzugen eine regionale Landwirtschaft mit Produkten, welche direkt von den Produzenten an die Konsumenten gehen.

**45.** Wir schützen die Spezialitäten und die traditionellen regionalen Bezeichnungen auf internationaler Ebene. Wir verbessern die Produkteinformationen für die Konsumentinnen und Konsumenten: Qualitätsstandards, Herkunft der Produkte und die Erfüllung unserer nationalen Auflagen müssen ersichtlich sein.

**46.** Wir unterstützen die Sicherung des Kulturlandes zu Gunsten einer nachhaltigen Landwirtschaft. Mit der zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes soll eine flexible Umnutzung landwirtschaftlicher Bauten ermöglicht werden.

**47.** Wir verankern die Multifunktionalität unserer Landwirtschaft einschliesslich des Rechts auf Ernährungssicherheit in der Welt handelsorganisation. Wir setzen uns für einen angemessenen Einfuhrschutz ein.

**48.** Wir setzen uns für eine naturnahe Landwirtschaft ein und lehnen den Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft ab.

## Eine moderne Einwanderungspolitik: Zuwanderung steuern und Integration fördern

**Grundsatz: Wir benötigen die Zuwanderung, um die Nachfrage der Wirtschaft und der Gesellschaft abzudecken. Wir stehen zur Personenfreizügigkeit. Wir reagieren flexibel auf die Zuwanderung in die Schweiz, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und fördern die Integration.**

**49.** Wir steuern die Zuwanderung in unser Land aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit Kontingenten. Wir richten sie qualifikationsorientiert aus. Wir verlängern den Aufenthalt (nach einer Frist), wenn sich die Gesuchstellenden selber um die Integration und den Erwerb einer Landessprache bemühen.

**50.** Wir unterstützen die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländerinnen und Ausländern, die in unserem Land in die Schule gegangen sind und unsere Sprache sprechen. Kinder, die hier geboren werden, sollen unsere Staatsbürgerschaft erhalten können. Eine gute Integration wird vorausgesetzt.

**51.** Wir bekämpfen Armutsmigration. Eine Aufenthaltsbewilligung muss an einen gültigen Arbeitsvertrag geknüpft sein.

**52.** Wir fordern einen erschwerten Zugang zum schweizerischen Sozialsystem für Personen aus dem Ausland Sozialhilfemissbrauch muss stärker geahndet werden.

## Eine funktionierende Asylpolitik: Beschleunigung der Verfahren und Missbrauchsbekämpfung

**Grundsatz: Wir erhalten die humanitäre Tradition der Schweiz, aber bekämpfen den Missbrauch des Asylrechts. Die Flüchtlingspolitik respektiert die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention.**

**53.** Wir fordern die konsequente Durchsetzung von Schengen/Dublin. Alle Vertragsstaaten müssen ihren Verpflichtungen aus den Verträgen nachkommen. Die Schweiz soll dazu auf internationaler Ebene Druck ausüben.

**54.** Wir verstärken die Migrationsaussenpolitik. Dazu schliessen wir Migrationspartnerschaften inklusive Rückübernahmeabkommen mit afrikanischen und weiteren Ländern ab.

**55.** Wir halten am Arbeitsverbot von drei Monaten für Asylbewerber fest.

**56.** Wir verkürzen Rechtsmittelfristen, ohne die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen. Indem wir die Verfahren in Bundeszentren zentralisieren, beschleunigen wir die Abwicklung von Asylgesuchen.

**57.** Wir bekämpfen konsequent den Missbrauch: Wer während des Verfahrens straffällig wird, soll kein Asyl erhalten. Wer sich nach Abweisung des Asylgesuchs weiter illegal in der Schweiz aufhält, wird in Ausschaffungshaft genommen.

**58.** Eine vorläufige Aufnahme darf nicht zu einem dauerhaften Aufenthalt in der Schweiz führen. Wir fordern eine periodische und individuelle Überprüfung des Status der betroffenen Personen.

**59.** Wir fordern eine verbesserte Zusammenarbeit der migrationspolitisch relevanten Behörden (Bundesamt für Migration, Kantonspolizei, Bundesanwaltschaft, fedpol und Grenzwachtkorps).

**60.** Wir geben „Sans Papier“ keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt. Härtefälle sollen von Bund und Kanton im Einzelfall geprüft werden.

## Eine aktive Aussenpolitik: für eine souveräne und offene Schweiz

**Grundsatz: Wir wollen unsere Interessen weltweit wahren, unsere internationalen Beziehungen ausbauen und global für unsere Werte kämpfen.**

**61.** Bei allen aussenpolitischen Fragen sollen die Interessen der Schweiz als oberste Handlungsmaxime gelten.

**62.** Bund und Kantone sollen sich im Rahmen der Verfassung für eine geeinte und starke Aussenpolitik einsetzen. Dazu müssen die aussenpolitischen Ziele besser koordiniert und in die Grenzregionen hinausgetragen werden.

**63.** Die Schweiz ist auf eine enge und gute Beziehung zur Europäischen Union (EU) angewiesen. Der bewährte bilaterale Weg soll weitergeführt werden.

**64.** Die institutionellen Fragen mit der EU müssen gelöst werden, damit die Schweiz im europäischen Binnenmarkt nicht diskriminiert wird. In einigen Bereichen könnten durch institutionelle Mechanismen sogar Verbesserungen für die Schweiz resultieren, beispielsweise bei der Umsetzung bestehender Abkommen. Die Übertragung der Rechtsauslegung auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist keine Option.

**65.** Beim Personenfreizügigkeits-Abkommen müssen griffige flankierende Massnahmen eingeführt werden, um Missbräuche bei der Zuwanderung zu verhindern. Die Schweizer Hoheit in der Migrationspolitik muss stets gewahrt bleiben.

**66.** In einer zunehmend vernetzten Welt baut die Schweiz ihre multilateralen Beziehungen weiter aus und ist Mitglied der wichtigsten internationalen Organisationen. Über diese Plattformen soll sie ihre Interessen durchsetzen.

**67.** Dort wo der multilaterale Ansatz versagt, fokussiert sich die Schweiz auf bilaterale (Freihandels-)Abkommen.

**68.** Es liegt im Interesse der Schweiz bzw. unseres innovativen Arbeitsplatzes, dass im Spannungsfeld zwischen Freihandel und Schutz des geistigen Eigentums weder das eine noch das andere zu kurz kommt. Bei den Verhandlungen zu neuen Freihandelsabkommen muss sich die Schweiz immer auch für den Schutz der immateriellen Güter einsetzen.

**69.** Das Schweizer Aussenetz muss stets den politischen, aber auch den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Dazu fordern wir kompetentes und dossiervertrautes Botschafterpersonal, vor allem in den Ländern unserer aktuell wichtigsten und zukünftigen Handelspartner.

**70.** Im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen (UNO) und deren Weiterentwicklung nach 2015 kämpfen wir gegen Armut, Elend, Krankheit, Seuchen, fehlendes Trinkwasser und Terrorismus und setzen uns traditionell für die Friedensförderung ein.

**71.** Wir verurteilen die Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten und setzen uns für den konsequenten Schutz der Religionsfreiheit als zentrales Grundrecht ein. Bei Anschlägen auf Christen oder ihrer Verfolgung sollen allfällige Entwicklungshilfe-Zahlungen an den jeweiligen Staat überprüft werden.

**72.** Wir unterstützen eine öffentliche Entwicklungshilfe von 0,5 % des Bruttonationaleinkommens. Gleichzeitig fordern wir eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Akteuren, deren Projekte und Ziele regelmässig evaluiert werden müssen.

## Lebendige Regionen: für einen starken Service public und Entwicklungsperspektiven in allen Landesteilen

**Grundsatz: Wir wollen, dass in der Schweiz alle Regionen eine gesicherte wirtschaftliche Perspektive haben. Wir setzen uns für einen qualitativ hochstehenden und gleichzeitig effizienten Service public ein, der allen Bürgerinnen und Bürger in allen Landesregionen zugänglich ist. Wir lehnen eine schleichende Zentralisierung der Schweiz ab.**

**73.** Wir unterstützen die Erhöhung der Mittel für Tourismus und Regionalpolitik. Wir stehen hinter der Förderung des Schweizer Tourismus: Die Bewerbung des „Ferienlandes Schweiz“ ist Standortpolitik und daher durch den Bund zu koordinieren. Die Tourismusbranche muss ihre Angebote und Strukturen laufend den neuen Gegebenheiten anpassen. Der Bund steht in der Pflicht, den Transformationsprozess dieses wichtigen Wirtschaftszweiges durch sinnvolle Rahmengesetze, schlanke Bewilligungspraxen und die Vernetzung von relevanten Tourismusanbietern aktiv zu unterstützen sowie als Türöffner zu neuen Märkten zu agieren.

**74.** Bei der Verkehrserschliessung der Berggebiete und Randregionen darf nicht gespart werden. Weiter soll die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Tourismus gefördert und die Rahmenbedingungen für den Agrotourismus in der Schweiz verbessert werden.



Handlungsfähiger Staat:  
für staatspolitische Reformen

**75.** Wir fordern die Ausarbeitung von Massnahmen zur Unterstützung der von der Zweitwohnungs-Initiative betroffenen Sektoren in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die besonderen Eigenheiten und Bedürfnisse der Bergkantone sind dabei zu berücksichtigen.

**76.** Die Grundversorgung muss in der Schweiz zu vergleichbaren Preisen und in vergleichbarer Qualität flächendeckend gewährleistet sein.

**77.** Wir wollen einen starken Service public in der Energie- und Wasserversorgung, beim Verkehr, bei der Post, bei Telekommunikation, Radio und Fernsehen. Der Ausbau der Hochbreitbandnetze hilft, die Erreichbarkeit auch peripherer Räume markant zu verbessern und muss deshalb beschleunigt werden. Ebenso muss die Grundversorgung mit Breitband weiter den technologischen Möglichkeiten und den Bedürfnissen der Nutzer angepasst werden. Der Bund darf sich aus Unternehmungen, welche eine Grundleistung erbringen, nicht vollständig zurückziehen: Wir fordern eine Aktienmehrheit des Bundes von mindestens 51 % an bundesnahen Betrieben wie SBB, Post, Swisscom, RUAG und Skyguide, die eine Grundversorgung sicherstellen.

**78.** Wir unterstützen die neue Regionalpolitik (NRP). Die Ziele der NRP sollen durch die Förderung von Unternehmertum, Innovationsprozessen und Wertschöpfungssystemen erreicht werden. Die grenzüberschreitende territoriale Zusammenarbeit (Interreg) muss aus der NRP herausgelöst und als eigenständiger Politikbereich weitergeführt werden. Für die Berggebiete und ländlichen Räume

muss der Bund eine umfassende Politik formulieren und eine Strategie erarbeiten, welche dazu beiträgt, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern.

**79.** Wir fordern Massnahmen für ein dezentraleres Angebot an Arbeitsstellen der Bundesverwaltung und der Bundesbetriebe.

## Handlungsfähiger Staat: für staatspolitische Reformen

**Grundsatz: Wir überprüfen unsere staatlichen Institutionen permanent auf deren Effizienz und richten sie auf neue Herausforderungen aus.**

**80.** Wir sind gegen eine schleichende Zentralisierung und wollen eine starke Kantons- und Gemeindeautonomie. Gemeinden und Kantone müssen mehr kooperieren und über grössere und effizientere Strukturen verfügen. Aufgabenteilungen im Sinne der verfassungsmässigen Prinzipien sind vertikal (Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden) und horizontal (Zusammenschlüsse oder Gebietsverschiebungen von Gemeinden) unumgänglich.

**81.** Wir wählen den gesunden Mittelweg im Spannungsfeld zwischen direkter Demokratie und Völkerrecht: Zwingendes Völkerrecht ist übergeordnetes Recht und kommt vor Landesrecht. Nicht zwingendes Völkerrecht kommt hingegen erst hinter dem Landesrecht.



**82.** Wir unterziehen unsere staatlichen Institutionen einer Generalüberprüfung: Wir schöpfen Effizienzgewinne voll aus. Wir prüfen die Idee für Verfallsdaten von Gesetzen. Wir dürfen untaugliche Regelungen nicht einfach weiterführen, weil sie nun mal vorhanden sind.

**83.** Wir wollen einen gestärkten, handlungsfähigen Bundesrat, welcher sich wieder vermehrt strategischen Aufgaben widmet. Dazu fördern wir die Entlastung des Bundesrates vom operativen Geschäft durch die Einsetzung von mehr Staatssekretären. Der Bundesrat muss eine starke Kollegialitätsbehörde bleiben, mit Fokus auf der Politik des Gesamtbundesrats und nicht auf den einzelnen Departementen.

**84.** Wir wollen eine Wiederbelebung der Konkordanz und ein Ende der unheiligen Allianzen und Blockaden im Parlament. Das vom Bundesrat erarbeitete Legislaturprogramm soll Gegenstand einer allgemeinen politischen Debatte in den eidgenössischen Räten sein, vom Parlament aber nicht mehr explizit verabschiedet werden. Das Parlament soll davon – im Sinne eines Regierungsprogramms – nur Kenntnis nehmen.

**85.** Wir stehen zum Milizsystem.

**86.** Wir wollen junge Leute in der Politik fördern. Eine breite Vertretung der Bevölkerung in staatlichen Gremien ist uns wichtig.

## Finanzen unter Kontrolle halten: für gesunde Bundesfinanzen

**Grundsatz: Wir sorgen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt – auch in Zukunft.**

**87.** Wir sorgen für ausgeglichene jährliche Staatsrechnungen. Die Staatsverschuldung ist weiter massvoll zu reduzieren; die Tiefzinsphase ist zu nutzen, um mit den Minderausgaben an Zinsen die Staatsverschuldung weiter abzubauen. Wir halten an der Schuldenbremse – einem Erfolgsmodell der Schweiz – fest.

**88.** Ein Staat muss in die Zukunft investieren. Wir setzen Prioritäten zu Gunsten der Familien, der Bildung und der kleinen und mittleren Unternehmen.

**89.** Wir achten auf die Finanzlage der Kantone und sehen von zusätzlichen Belastungen der Kantone ab. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs. Dieser muss in regelmässigen Abständen neuen Gegebenheiten angepasst werden. Das Hauptziel, die Diskrepanz zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen zu reduzieren, muss weiterverfolgt werden.

**90.** Wir fordern eine periodische Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Bei Verbundaufgaben muss auch der Finanzierungsschlüssel geklärt sein. Dabei fordern wir die Beachtung des AKV-Prinzips: Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung müssen unter Beachtung der Subsidiarität klar definiert und zugeteilt werden.

Wir stärken das Drei-Säulen-Prinzip  
der Altersvorsorge



## Gesellschaftsfragen in Zeiten des wissenschaftlichen Fortschritts

**Grundsatz: Die CVP ist eine Wertepartei. Sie will im Spannungsverhältnis von Menschenwürde, Forschungsfreiheit und dem Wandel des wissenschaftlichen Kontextes ihre Grundsätze wahren. Die richtige Gewichtung der einzelnen Gesellschaftsfragen kann oft nur im Einzelfall bestimmt werden.**

**91.** Die aktive Sterbehilfe lehnen wir entschieden ab. Die sogenannte Beihilfe zur Selbsttötung soll weiterhin straffrei sein, sofern sie nicht aus selbstsüchtigen Motiven geschieht.

**92.** Wir setzen uns dafür ein, dass die Pränataldiagnostik (PND) ausschliesslich medizinischen Zwecken dient.

**93.** Wir tragen das Fortpflanzungsgesetz mit. Es regelt die Stammzellenforschung und erlaubt die In-vitro-Fertilisation.

**94.** Mit der Methode der Präimplantationsdiagnostik (PID) können dem in vitro erzeugten Embryo vor der Einpflanzung in die Gebärmutter einige Zellen abgelöst und auf Krankheiten untersucht werden. Wir sprechen uns gegen diese Selektion von Embryonen aus.

**95.** Wir wehren uns dagegen, dass mehr als drei Embryonen in die Gebärmutter eingepflanzt werden dürfen. Es widerspricht unserem Verständnis von Ethik und Würde, überzählige Embryonen für eine spätere Einpflanzung zu konservieren.

**96.** Wir sprechen uns weiterhin für das befristete Gentechnormatorium sowie die zweifache Weiterführung des Moratoriums bis 2017 aus. Wir wollen, dass die Risiken und Chancen, welche mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verbunden sind, besser bekannt und untersucht sind, bevor die Freisetzung von GMO in der Schweizer Landwirtschaft zugelassen wird.

**97.** Wir stehen zu einem Leben mit Behinderungen.



**CVP Schweiz**

Klaraweg 6  
Postfach 5835  
3001 Bern

[www.cvp.ch](http://www.cvp.ch)  
[info@cvp.ch](mailto:info@cvp.ch)

Telefon: +41 31 357 33 33  
IBAN CH73 0023 5235 3833 4201N

